

17.10.2024

Landtag von Niederösterreich

Landtagsdirektion

Eing.: 17.10.2024

Ltg.-535-1/XX-2024

## ANTRAG

der Abgeordneten Kaufmann, MAS und Antauer  
gemäß § 34 LGO 2001

### betreffend **Maßnahmen zum Kampf gegen Antisemitismus, Faschismus und zur Stärkung des jüdischen Gemeinde- und Kulturlebens in Niederösterreich**

zu dem Antrag Ltg.-535/XX-2024

Der Kampf gegen Antisemitismus und eine tiefgreifende antifaschistische Grundhaltung sind ein – über alle Parteigrenzen hinweg – breit getragener Grundkonsens in unserer Republik. Die Ablehnung jüdischen Lebens in Österreich stellt einen Angriff auf unsere Grundprinzipien der Gleichheit, der Religionsfreiheit sowie der Menschenwürde und der Menschenrechte dar und ist damit eine Gefahr für unsere Demokratie und unsere gemeinsamen Werte.

In diesem Sinne hat sich auch der Nationalrat immer wieder einstimmig für den Kampf gegen Antisemitismus, jegliche Form des Rassismus und Extremismus, der Hetze und Hasspropaganda in Österreich und ganz Europa ausgesprochen – zuletzt beispielsweise in Folge des Angriffskrieges der Hamas auf Israel (Entschließung vom 24. November 2023, 348/E XXVII. GP).

Auch in Niederösterreich ist dieser Grundkonsens eine gute gelebte und wichtige Tradition, die in zahlreichen Initiativen immer wieder klar herausgehoben wird (zuletzt beispielsweise Ltg.-1135/A-3/418-2020). Das Bundesland Niederösterreich bekennt sich seit jeher zur besonderen Verantwortung gegenüber der jüdischen Gemeinschaft in Niederösterreich. Denn die Geschichte Niederösterreichs ist eng mit jüdischem Leben verbunden. 15 israelitische Kultusgemeinschaften hat es einst in Niederösterreich gegeben, so viele wie in keinem anderen Bundesland.

Die in den letzten Jahren, nicht zuletzt durch die Migrationsbewegung aus teilweise fundamentalistisch islamischen Ländern, die den Staat Israel ablehnen, immer größer werdenden antisemitischen Tendenzen in Teilen unserer Bevölkerungen können nicht tatenlos hingenommen werden. Antisemitische Übergriffe häufen sich; die Parolen, die auf Demonstrationen gerufen werden und die Schändungen von jüdischen Friedhöfen, wie beispielsweise in Wien, sind nur Spitzen des Eisbergs und geben Anlass zu großer Sorge. Es ist unsere historische Pflicht, solche Tendenzen – egal aus welchem Lager sie kommen – entschieden zu bekämpfen.

Dem Bewusstmachen, der Stärkung und Förderung des niederösterreichisch-jüdischen Kulturerbes und jüdischen Lebens in Niederösterreich kommt dabei besondere Bedeutung zu. In den letzten Jahren wurden zahlreiche Initiativen in diesen Bereichen gesetzt, beispielsweise durch Investitionen in die ehemalige Synagoge in St. Pölten oder die Sanierung von jüdischen Friedhöfen in Stockerau, Baden, Klosterneuburg, Oberstockstall, Waidhofen an der Ybbs, Götttsbach und St. Pölten. Letztere erfolgten in Kooperation mit der israelitischen Kultusgemeinde und dem Nationalfonds der Republik Österreich. Weitere Projekte sollen in den nächsten Jahren folgen.

Neben diesen Maßnahmen ist vor allem die Auseinandersetzung mit aktuellem und historischem Antisemitismus, dem Faschismus und mit der Geschichte von Nationalsozialismus und Holocaust in den Schulen ein wichtiger Teil einer aktiven Gedenk- und Erinnerungspolitik. Aus diesem Grund sehen die neuen Lehrpläne ebendiese Auseinandersetzung im Rahmen des Gegenstandes „Geschichte und Politische Bildung“ vor.

Im Zuge dieser Aufarbeitung in den Schulen wird vom Bildungsministerium auch der Besuch einer KZ-Gedenkstätte angeregt. Eine entsprechende Förderung in Höhe von 250 und 500 Euro pro Klasse steht seit dem Schuljahr 2023/2024 für die Schulen zur Verfügung und wird gut angenommen.

Als weiteren Schritt hat die sich die Landeshauptleutekonferenz – über Initiative von Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner – im April 2024 unter anderem für einen

verpflichtenden Besuch einer KZ-Gedenkstätte oder eines jüdischen Museums in Österreich im Rahmen des Unterrichtes und des Integrations- und Einbürgerungsprozesses ausgesprochen. Denn nur so ist sichergestellt, dass unsere Werte auch in Zukunft weitergetragen werden und Antisemitismus, Totalitarismus sowie Gegengesellschaften in unserem Land keinen Platz haben. Eine Umsetzung ebendieser Forderung steht noch aus.

Die Gefertigten stellen daher folgenden

### **A n t r a g :**

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„1. Die NÖ Landesregierung wird ersucht,

- die Bemühungen zur Stärkung des jüdischen Gemeinde- und Kulturlebens in Niederösterreich konsequent fortzusetzen,
- die aktive Gedenkarbeit, getragen von Kultur, Wissenschaft und Bildung, mit niederösterreichweiten und lokalen Initiativen weiterhin zu forcieren,
- den antifaschistischen Bildungsauftrag insbesondere im Jahr 2025 – 80 Jahre nach Kriegsende und Ausrufung der zweiten Republik – in den Schulen zu betonen sowie
- an die Bundesregierung heranzutreten und diese aufzufordern, den Besuch einer KZ-Gedenkstätte oder eines jüdischen Museums in Österreich als verpflichtenden Teil des Unterrichtes und des Integrations- und Einbürgerungsprozesses vorzusehen.

2. Durch diesen Antrag gemäß § 34 LGO 2001 wird der Antrag Ltg.-535/XX-2024 miterledigt.“